

den sei, entspreche voll und ganz den gesetzlichen Bestimmungen und den Tatbeständen des StGB von 1979. Außerdem sei es mit dem Recht völlig vereinbar, daß ausländische Journalisten nicht zu den Prozessen zugelassen worden seien. Gem. § 9 der Geschäftsordnung der Volksgerichte sei Ausländern der Zutritt zu einem Gerichtsverfahren mit außenpolitischer Relevanz nur aufgrund einer Sondergenehmigung von seiten des Volksgerichts möglich. Die aber sei eben aus rechtlichen Gründen nicht erteilt worden! (Radio Beijing in MD Asien, 22.2.91, S.3).

Trotz solcher Verstimmungen in Fragen der Menschenrechte haben sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen in der Zwischenzeit aber weitgehend wieder normalisiert, seit Außenminister Qian Qichen vom 30. November bis 1. Dezember 1990 den USA einen offiziellen Besuch abstattete, bei dem er mit Präsident Bush, Außenminister Baker und anderen hohen amerikanischen Beamten zusammentraf. In einem Interview mit der *Renmin ribao* vom 1.12.1990 wies er darauf hin, daß durch diese Visite, die erste "seit dem Sommer 1989", das Ziel erreicht worden sei, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen wieder einen Schritt voranzubringen. Zwar gingen die Amerikaner davon aus, daß "Kontakte" noch kein "Austausch" seien, er, Qian, glaube aber, daß jedes Gespräch, ob es nun als Kontakt oder als Austausch bezeichnet werde, das gegenseitige Verständnis fördere. Außerdem komme es schon bald zum Zusammentritt der Gemischten Chinesisch-Amerikanischen Kommission für Wirtschaft und Handel.

Ein gewisses Hindernis freilich sei immer noch die Menschenrechtsfrage. Die amerikanische Seite habe bei den Gesprächen hervorgehoben, die Menschenrechte seien der Eckpfeiler der US-Außenpolitik. Er, Qian, habe darauf hingewiesen, daß die Menschenrechtsfrage eine innerchinesische Angelegenheit sei, in die sich einzumischen kein anderer Staat das Recht habe.

Mitte Januar 1991 kam eine siebenköpfige chinesische Delegation unter der Leitung des früheren Stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten und Außenministers, Huang Hua, zu einem Besuch in die USA, aller-

dings nicht auf Einladung der Regierung, sondern der "America-China Society", an deren Spitze die früheren Außenminister Henry Kissinger und Cyrus Robert Vance stehen. Huang wurde von einigen Regierungsmitgliedern, u.a. vom Nationalen Sicherheitsberater, General Brent Scowcroft, empfangen (XNA, 25.1.91) sowie vom früheren amerikanischen Präsidenten Nixon (XNA, 20.1.91).

Das Interesse Beijings an einer Renormalisierung ist so stark, daß sich die Volksrepublik bei der Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat zur Golfkrise niemals offen gegen die USA gestellt, sondern sich statt dessen stets der Stimme enthalten hatte.

Schon mittelfristig dürfte die amerikanische Regierung dieses Verhalten honorieren. -we-

Innenpolitik

*(8) ZK-Vorschläge für Fünfjahr- und Zehnjahrplan veröffentlicht

Das ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlichte am 29. Januar 1991 die "Vorschläge des ZK der KPCh zur Ausarbeitung des Zehnjahrplans und des 8. Fünfjahrplans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung", die Ende Dezember 1990 von der 7. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh verabschiedet worden waren. Wie bereits dem Kommuniqué der 7. Plenartagung zu entnehmen war, handelt es sich bei den "Vorschlägen" um den Versuch, die widersprüchlichen wirtschaftspolitischen Entwicklungskonzepte (marktwirtschaftlich orientierte Reform auf der einen Seite und planwirtschaftlich orientierte Sanierung auf der anderen Seite) und die unterschiedlichen Interessen von Zentrale und Provinzen miteinander zu verbinden (siehe C.a., Dezember 1990, Ü 11 und 10). In Anlehnung an Mao Zedong könnte man von einem Dokument sprechen, das auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die "Einheit der Gegensätze" verkörpert. Aufgrund ihrer konzeptionellen Widersprüchlichkeit erscheinen die "Vorschläge" als politischer Handlungsrahmen hingegen schlichtweg untauglich.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die sehr reformorientierten Äußerungen von Deng Xiaoping von Anfang Oktober 1990 nicht in die Vorschläge aufgenommen wurden. Deng hatte damals u.a. gefordert, die Reform- und Öffnungspolitik "schneller, besser und effektiver" zu verwirklichen. Man habe in den vergangenen 10 Jahren die Wirtschaftsreformen "nicht schnell genug" verwirklicht, und die Protestbewegung von 1989 habe "den Fortgang der Reformen verzögert", beklagte Deng und forderte deshalb: "Wir dürfen in dieser Frage nicht weiter zuwarten." (Siehe C.a., November 1990, Ü 14). Daß diese Forderungen Dengs nicht Eingang fanden in die ZK-Vorschläge, ist ein weiteres Indiz für den gesunkenen wirtschaftspolitischen Einfluß des 86jährigen Initiators der Reform- und Öffnungspolitik. -sch-

*(9)

Deng Xiaoping über das Verhältnis jüngster internationaler Entwicklungen und der chinesischen Innenpolitik

Anfang Januar 1991 nahm Deng Xiaoping in einem Gespräch zu den Auswirkungen der jüngsten internationalen Entwicklungen auf China Stellung:

"Es gibt da zwei Herren, denen wir zu danken haben. Der eine ist Gorbatschow, und der andere ist Iraks Hussein.

Jener Kurs, den der Gorbatschow steuert, hat ganz Osteuropa und die Sowjetunion in Unruhen gestürzt und an den Rand des Bürgerkriegs gebracht. Dieses negative Beispiel hat bewiesen, daß wir im Sommer des vorletzten Jahres [d.h. Anfang Juni 1989] richtig gehandelt haben. Wenn wir nicht so gehandelt hätten, wie würde dann wohl das heutige China aussehen?

Iraks Hussein hat für uns die USA und den Westen in der Golfregion gebunden, so daß wir unsere Kräfte darauf konzentrieren konnten, unsere eigenen Dinge ganz sicher und gründlich zu erledigen. Wenn der Irak jedoch verlieren sollte, dann wird sich die politische Struktur im Nahen Osten verändern. Dann werden die USA und der Westen wieder versuchen, uns ihr Konzept aufzuzwingen. Sie werden den ganzen Tag lang Krach schlagen, und wir werden den ganzen Tag lang dage-

gen halten. Dieses westliche Konzept ist wirklich extrem lästig. Deshalb muß China nicht nur die Okkupation Kuwaits durch den Irak verurteilen, sondern auch entschlossen gegen die Aggression der von den USA geführten multinationalen Truppen gegen den Irak Stellung beziehen und den anti-amerikanischen Kampf der gesamten arabischen Nation entschlossen unterstützen." (Zhengming, März 1991, S. 7) -sch-

*** (10)**
Parteiinterner Untersuchungsbericht über die politische Elite und ihre Familien

1990 gab das Politbüro des ZK der KPCh eine Untersuchung über die politische und wirtschaftliche Situation der Führungskader und ihrer direkten Familienmitglieder auf der zentralen und auf der Provinzebene in Auftrag. Nach siebenmonatiger Arbeit der ZK-Disziplinarkontrollkommission, des ZK-Hauptbüros und der ZK-Organisationsabteilung kam ein Untersuchungsbericht zustande, dessen eindringliche Zahlen den Schluß nahelegen, daß der Nepotismus eine wesentliche Form der Rekrutierung der politischen Elite darstellt.

Auf der zentralen Ebene gibt es dem Bericht zufolge knapp über 600 Führungskader auf und über Ministerebene, darunter die ZK-Mitglieder und ZK-Kandidaten, die Mitglieder der Zentralen Beraterkommission und der Zentralen Disziplinarkontrollkommission sowie die Leiter der Ministerien, Kommissionen, Büros und Abteilungen des Staatsrats und des Zentralkomitees auf Ministerebene. Über 870 Söhne, Töchter oder andere direkte Familienangehörige dieser mehr als 600 Führungskader studieren auf Staatskosten in Europa oder in den USA. 320 Söhne, Töchter oder andere direkte Familienangehörige arbeiten in chinesischen Botschaften, Konsularen sowie in Wirtschafts- und Handelsorganisationen in Europa oder in den USA oder bei der Xinhua-Nachrichtenagentur und Wirtschaftsorganisationen in Hongkong und Macao.

Auf der Provinzebene gibt es über 1.100 Führungskader der ersten Garnitur. 420 ihrer Kinder und engsten Familienangehörigen studieren in Europa und in den USA und fast 700 arbeiten

in den Botschaften, Konsularen oder Wirtschaftsorganisationen der VRCh in Europa, den USA, Japan, Macao und Hongkong.

Unter den direkten Familienangehörigen der über 1.700 Spitzenkader auf der zentralen und der Provinzebene arbeiten über 3.100 in Positionen auf und oberhalb der Amts-/Hauptabteilungs-/Divisionsebene und über 900 als Direktoren oder Vorstandsmitglieder von Außenhandelsgesellschaften in den Wirtschaftssonderzonen. (Zhengming, Februar 1991, S. 23) -sch-

*** (11)**
Xu Jiaturn verliert Abgeordnetensitz im VII. NVK

Dem früheren 'Botschafter' der VRCh in Hongkong, Xu Jiatur (74), wurde am 19. Februar 1991 das Abgeordnetenmandat im VII. Nationalen Volkskongreß (NVK) entzogen. Damit verlor Xu gleichzeitig seinen Sitz im Ständigen Ausschuß des NVK. Der frühere Leiter des Büros der Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong hatte sich am 30. April 1990 mit Teilen seiner Familie in die USA abgesetzt, nachdem er im Januar 1990 seiner Position in Hongkong entbunden worden war. Die internen Vorwürfe gegen Xu, der immerhin Mitglied der Zentralen Beraterkommission ist und von 1977 bis 1985 ZK-Mitglied war, lauteten damals u.a. Sympathisierung mit der Protestbewegung und Fluchthilfe für demokratische Oppositionelle. Mit seiner Reise in die USA wollte sich Xu möglicherweise einem drohenden Disziplinarverfahren entziehen.

In der Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses der Provinz Guangdong heißt es, daß Xu Jiatur "das Volk verraten hat", weil er China ohne Erlaubnis verlassen habe und nicht zurückgekehrt sei. Dies habe "einen extrem schlechten Einfluß im In- und Ausland" hinterlassen. Mit seinem Verhalten habe er die grundlegenden Voraussetzungen verloren, um als Abgeordneter im Nationalen Volkskongreß zu dienen. Deshalb sei er seiner Funktion als Abgeordneter der Provinz Guangdong im VII. NVK enthoben worden. (Xinhua, chin., 22.2.91, nach SWB, 25.2.91; XNA, 23.2.91) -sch-

*** (12)**
Weitere Gerichtsurteile gegen prominente Oppositionelle

Gegen weitere vier prominente Teilnehmer der Protestbewegung des Jahres 1989 ergingen im Februar 1991 die Urteile. Alle vier Angeklagten, die Mitarbeiter des privaten Sozialökonomischen Forschungsinstituts Beijing waren, wurden für schuldig befunden, Straftaten begangen zu haben "während des Aufruhrs und der Rebellion, die sich 1989 in Beijing ereigneten und die zum Ziel hatten, die Regierung zu stürzen und das sozialistische System zu beseitigen" (RMRB, 13.2.91).

In zwei Fällen ergingen extrem hohe Haftstrafen, die die offiziellen Behauptungen, man habe die Oppositionellen "milde" behandelt, Lügen strafte. Im übrigen sind die Haftbedingungen vor allem für politische Straftäter in der Regel derart inhuman (Isolationshaft, Psychoterror, körperliche Mißhandlung u.ä.), daß nur wenige Jahre Haft ausreichen, um die Gefangenen physisch und psychisch nachhaltig zu schädigen. Hinzu kommt, daß politische Häftlinge nach Verbüßung ihrer Gefängnisstrafe oft nicht an ihren Heimatort zurückkehren dürfen und am Ort des Gefängnisses oder des Arbeitslagers verbleiben müssen. So kann selbst eine zeitlich begrenzte Haftstrafe die lebenslange Verbannung an einen von der Familie weit entfernten Ort bedeuten. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn angeblich "milde" Haftstrafen von "nur" zwei bis sechs Jahren zu bewerten sind.

Zu jeweils 13 Jahren Haft und 4 Jahren Aberkennung der politischen Rechte wurden der Direktor des privaten Sozialökonomischen Forschungsinstituts Beijing, Chen Ziming (37), und der Chefredakteur der von diesem Institut herausgegebenen Zeitung *Wirtschaftswoche*, Wang Juntao (32), verurteilt. Chen und Wang, die von den bisher verurteilten Teilnehmern der Protestbewegung von 1989 die mit Abstand höchsten Haftstrafen erhielten, wurden für schuldig befunden, "in großem Stile dazu aufgehetzt zu haben, die Volksregierung zu stürzen und das sozialistische System zu beseitigen". "Außerdem trommelten sie einige illegale Organisationen zusammen, die es damals in Beijing gab, und unternahm eine Reihe von Aktivitäten,

um die Volksregierung zu stürzen." Schließlich hätten sie sich an der Organisierung und direkten Anleitung der Blockaden und Angriffe gegen die zum Schutz der gesellschaftlichen Ordnung eingesetzten Truppen beteiligt. Die von ihnen begangenen Verbrechen seien "äußerst schwerwiegend". Hinzu käme, daß sie bis heute keine Reue gezeigt hätten. (Ebenda)

Liu Gang (28), Mitbegründer des "Demokratischen Salons" und Führer des "Autonomen Studentenverbands Beijing", wurde wegen "schwerwiegender Verbrechen" zu 6 Jahren Haft und zu 2 Jahren Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Das "milde Urteil" gegen den früheren Physikassistenten an der Beijing-Universität wurde damit begründet, daß Liu während des Prozesses seine "Verbrechen" eingestanden und Reue gezeigt habe.

Chen Xiaoping (29), früher Dozent für Verfassungsrecht an der Universität für Politik und Recht in Beijing, wurde "trotz schwerwiegender Vergehen" auf freien Fuß gesetzt, weil er sich freiwillig der Polizei gestellt, seine "Verbrechen" gestanden und Reue gezeigt habe.

Wie bei den vorhergegangenen Verfahren gegen führende Teilnehmer der Protestbewegung handelte es sich auch diesmal um Schnellverfahren vor einer ausgesuchten Öffentlichkeit: "Öffentlich" verhandelt wurde vor Gericht nur an einem Tag pro Angeklagten. Unabhängige in- und ausländische Beobachter waren zu den Prozessen nicht zugelassen. Im Fall von Wang Juntao wurde das Urteil nur eine Stunde nach Beendigung der öffentlichen Verhandlung verkündet. In den Fällen von Wang Juntao und Chen Ziming soll das Gericht die Untersuchung von Beweismaterialien der Verteidigung abgelehnt und den Angeklagten und der Verteidigung vor Prozeßbeginn zu wenig Zeit für die Prozeßvorbereitung gelassen haben. Deshalb trat Chen Ziming in einen Hungerstreik, um den Prozeßbeginn zu verzögern, was ihm jedoch nicht gelang. (Ming Bao, 13.2.91, nach SWB, 15.2.91; Xinhua, chin., 13.2.91, nach SWB, 15.2.91; SZ, 11. u. 13.2.91)

Allen vier Angeklagten wurde die Mitgliedschaft in der "Gemeinsamen Konferenz zum Schutz der Verfassung" angelastet, die am 20. Mai 1989 unter

Führung von Chen Ziming und Wang Juntao gegründet worden war (Xinhua, chin., 13.2.91, nach SWB, 15.2.91). Ziel der "Gemeinsamen Konferenz" war u.a. die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung des Ständigen Ausschusses des NVK, um über die Rechtmäßigkeit der Verhängung des Ausnahmezustands zu debattieren und eventuell ein Mißtrauensvotum gegen Ministerpräsident Li Peng herbeizuführen. Dieses Ziel wurde damals auch von rund einem Drittel der Mitglieder des Ständigen NVK-Ausschusses mit Hilfe einer Petition verfolgt, die sich damit durchaus im Rahmen der Gesetze bewegten. Die Parteiführung verbot jedoch die Abhaltung einer Dringlichkeitssitzung des ständigen Parlamentsorgans und verstieß damit eher gegen geltendes Recht als Chen Ziming und Wang Juntao.

Eine Ursache für das äußerst hohe Strafmaß für Chen und Wang war sicherlich die mangelnde Bereitschaft der beiden, ihre "Verbrechen" einzugestehen und "Reue" zu zeigen. Eine ebenso wichtige Ursache ist wahrscheinlich auch, daß Chen Ziming und Wang Juntao zwei 'Veteranen' der demokratischen Bewegung sind, die in den letzten Jahren mit großem Erfolg eigene, von der KPCh unabhängige Forschungsinstitutionen und Unternehmen aufgebaut hatten, die für die Verfechter der uneingeschränkten Einparteiherrschaft eine Herausforderung darstellten.

Chen Ziming und Wang Juntao hatten sich bereits an den antimaoistischen Demonstrationen Anfang April 1976 beteiligt und waren nach der Niederschlagung des sog. "Tiananmen-Zwischenfalls" vom 5. April 1976 zum ersten Mal verhaftet worden. Nach ihrer Freilassung beteiligten sie sich 1978 und 1979 am "Beijinger Frühling": Wang Juntao, nach dem Tod Maos und dem Sturz der radikalen Maoisten zum ZK-Kandidaten des Kommunistischen Jugendverbands aufgestiegen (sic!), arbeitete als einer der beiden Herausgeber des *Beijinger Frühlings*, eine der ersten nicht von der KPCh kontrollierten Zeitschriften. Nach der Unterdrückung des "Beijinger Frühlings" - Wei Jingsheng wurde im Oktober 1979 zu 15 Jahren Haft verurteilt - mußte Wang Juntao im Januar 1980 vor dem ZK des Kommunistischen Jugendverbands Selbstkritik üben.

1980/81 beteiligten sich Chen und Wang als unabhängige Kandidaten an den Wahlen zu den Volkskongressen auf Gemeindeebene: Chen wurde zwar als Abgeordneter seiner Universität gewählt, durfte seinen Sitz jedoch nicht einnehmen, weil das lokale Parteikomitee Einwände hatte. Wang erhielt an der Beijing-Universität nach dem bekannten demokratischen Oppositionellen Hu Ping die meisten Stimmen.

1984 eröffneten Chen Ziming und seine Frau Wang Zhihong eine Druckerei und eine Fernschule, die sehr schnell 250.000 Schüler hatte und mehrere Millionen Yuan RMB Gewinn erzielte. Mit Hilfe dieses Geldes gründeten Chen Ziming und Wang Juntao nach dem Vorbild der neuen offiziellen Braintrust-Organen das private Sozialökonomische Forschungsinstitut, das sich schnell zu einer intellektuellen Hochburg radikaler Reformer entwickelte. Zum Institut zählten neben dem Verlag und der Fernschule auch ein Meinungsforschungsunternehmen, ein Datenverarbeitungszentrum und eine Wirtschaftswochenzeitung. Zu den Aktivitäten der verschiedenen Einrichtungen des Instituts zählten über 40 Forschungsprojekte sowie eine Reihe von Konferenzen und Veröffentlichungen. Als Chefredakteur der vom Institut herausgegebenen *Wirtschaftswoche* arbeitete Wang Juntao eng mit Chen Ziming zusammen, der die Position des Institutsdirektors innehatte. (AWSJ, Le Monde, NZZ, SZ, taz, 13.2.91) -sch-

*(13)

Auch Geheimprozesse gegen Oppositionelle

Im Januar und Februar fanden in Beijing außer den öffentlich bekanntgemachten Prozessen offensichtlich auch noch weitere Verfahren gegen Teilnehmer der Protestbewegung von 1989 statt, über die in den offiziellen Medien jedoch nicht berichtet wurde. Bekannt wurden vereinzelte Prozesse nur über ausländische Journalisten oder Mitarbeiter von Hilfsorganisationen für politische Gefangene.

Hier zeigt sich erneut ein grundsätzliches Problem bei der Bearbeitung des Themas Opposition und Repression: Über das Schicksal nicht prominenter Oppositioneller wird in der Regel nichts oder nur sehr wenig bekannt.

So wissen wir bis heute nicht, wieviel Menschen im Verlauf der Unterdrückung der Protestbewegung insgesamt verhaftet und wieviel davon wieder freigelassen wurden. Wir kennen nicht die Gesamtzahl der am 3. und 4. Juni 1989 Getöteten, und wir wissen auch nicht, wieviele der Verhafteten im Rahmen eines 'ordentlichen' Gerichtsverfahrens verurteilt und wieviele von den Sicherheitsbehörden administrativ, d.h. ohne Gerichtsverfahren, zu bis zu drei Jahren "Umerziehung durch Arbeit" bestraft wurden.

Es sind jedoch nicht nur die offiziellen Stellen, die keine vollständigen Angaben über die Bestrafung der Oppositionellen machen: Auch Familienangehörige von politischen Häftlingen wenden sich in der Regel nicht an die Öffentlichkeit, weil sie in einem solchen Fall zu Recht noch größere Schwierigkeiten befürchten. So berichtete der Korrespondent der *New York Times* in Beijing, Nicolas D. Kristof, von einer Familie eines zu acht Jahren Haft verurteilten jungen Mannes, die aus Angst vor Repressalien nicht bereit war, den Namen des wegen seiner Beteiligung an der Protestbewegung bestraften Mannes bekanntzugeben (IHT, 15.2.91).

Ende Januar wurde ein chinesischer Arbeiter namens Liu Zihou (34) wegen "konterrevolutionärer und aufrührerischer Propaganda" zu einer mehrjährigen Haftstrafe ("7 Jahre oder weniger") verurteilt. Der Sprecher des betreffenden Beijinger Gerichts erklärte, es gebe für das Gericht keine Verpflichtung, Urteile zu veröffentlichen. Überdies handele es sich um einen Fall, der Ausländer "nichts angeht" (SZ, 1.2.91).

Anfang Februar wurde gegen zwei Männer namens Chen Yanlin und Zhang Yafei wegen konterrevolutionärer Propaganda und wegen Bildung und Leitung einer konterrevolutionären Vereinigung ein Prozeß geführt, über dessen Ergebnisse nichts bekannt wurde. (IHT, 5.2.91; SZ, 8.2.91)

Auch in den folgenden nicht prominenten Fällen sind die im Verlauf von Prozessen im Januar verhängten Strafen nicht bekannt: Li Shuntang, Liu Xiaojin, Lu Xiaochun, Wang Haidong, Wang Jiansheng, Yang Junzhong, Yu Yongjie und Zhou Wanshui (ai). -sch-

* (14) 18 Jahre Haft für eine Rede

Wegen einer öffentlichen Rede, in der er die Niederschlagung der Protestbewegung durch VBA-Truppen anprangerte, wurde in der Provinz Shandong der 22jährige Arbeiter Zhang Jie zu einer 18jährigen Haftstrafe verurteilt (IHT, 15.2.91). Dieses Urteil ist ein weiteres Indiz dafür, daß in den Provinzen härtere Urteile gefällt werden als in Beijing und daß Arbeiter längere Haftstrafen erhalten als Intellektuelle. So sind wegen Brandstiftung während der Auseinandersetzungen am 3./4. Juni 1989 in Beijing mindestens fünf Arbeiter zum Tode verurteilt und hingerichtet worden (ai). -sch-

* (15) Zwei Oppositionelle freigelassen

In dem Wechselbad der Behandlung von politischem Dissens sind im Februar 1991 zwei Teilnehmer der Protestbewegung von 1989 auf freien Fuß gesetzt worden. Es handelt sich einmal um den früheren Auslandsstudenten Yang Wei in Shanghai, der nach seiner Beteiligung an den Studentendemonstrationen Ende 1986 bereits zwei Jahre im Gefängnis verbracht hatte und im Juli 1989 erneut verhaftet wurde. Der zweite freigelassene politische Häftling ist Zhang Weiguo (45), der frühere Beijinger Bürochef der reformorientierten Shanghaier Wochenzeitung *Weltwirtschaftsbote*, die auf Anordnung des heutigen ZK-Generalsekretärs Jiang Zemin im Mai 1989 ihr Erscheinen einstellen mußte. (IHT, 14.2.91) -sch-

* (16) Mao-Portraits in Guangdong

Die Hongkonger KPCh-orientierte Nachrichtenagentur *Zhongguo Tongxunshu* berichtete am 11. Februar 1991 über ein bemerkenswertes Phänomen und seine Erklärung:

"Das Aufhängen von Portraits des früheren KPCh-Führers Mao Zedong wird an einigen Orten in der Provinz Guangdong langsam zu einer verbreiteten Gewohnheit. In der Wirtschaftszone Shenzhen bieten viele private Zeitungshändler Bilder von Mao Zedong an. In den Kreisen Meixian, Haifeng und Lufeng sowie in Zhan-

jiang und Maoming in West-Guangdong können Touristen Portraits von Mao Zedong in Hotels und Geschäften sehen, vor allem in Geschäften, die von Privathaushalten geführt werden. Reisende, die von Shenzhen nach Meixian fahren, können sogar in den staatlichen Langstreckenbussen Bilder von Mao Zedong sehen.

Gefragt, warum sie denn Portraits von Mao Zedong aufhängten, gaben die meisten Leute keine Antwort. Nur ein Mittelschullehrer der Hakka-Nationalität gab eine Erklärung. Er sagte, daß die Leute auf diese Weise ihre Gefühle [der Unzufriedenheit] zum Ausdruck brächten, da sie die 50er und 60er Jahre vermißten, als die Warenpreise stabil, die Regierungskader ehrlich, die gesellschaftliche Ordnung gut und - vor allem - die zwischenmenschlichen Beziehungen harmonisch waren." (nach SWB, 11.2.91) -sch-

Kultur

* (17) Appell an Lehrer, Nachfolger der proletarischen Revolution heranzuziehen

Der stellvertretende Staatspräsident Wang Zhen hat in einer Rede vor Lehrern der Hauptstadt am Vorabend des Frühlingsfestes, des traditionellen chinesischen Neujahrsfestes, von einem extrem orthodoxen Standpunkt aus die Lehrer ermahnt, ihre höchste Pflicht darin zu sehen, die Schulkinder zu Nachfolgern der proletarischen Revolution zu erziehen. Feindliche Kräfte des In- und Auslands, so beschrieb er die gegenwärtige bedrohliche Lage, hätten sich nie mit ihrer Niederlage in China abgefunden. Ihre Haupttaktik bestehe gegenwärtig darin, mit der "Methode der friedlichen Evolution" unter der dritten oder vierten Generation der chinesischen Partei Nachfolger der bürgerlichen Revolution heranzuziehen und die Farbe der Partei und Chinas zu verändern. Aufgabe der Lehrer sei es daher, Nachfolger der proletarischen Revolution, die von solchen Revolutionären der alten Generation wie Mao Zedong begründet wurde, heranzuziehen. Dies würde garantieren, daß die Führungsmacht der Partei und des Staates immer in den